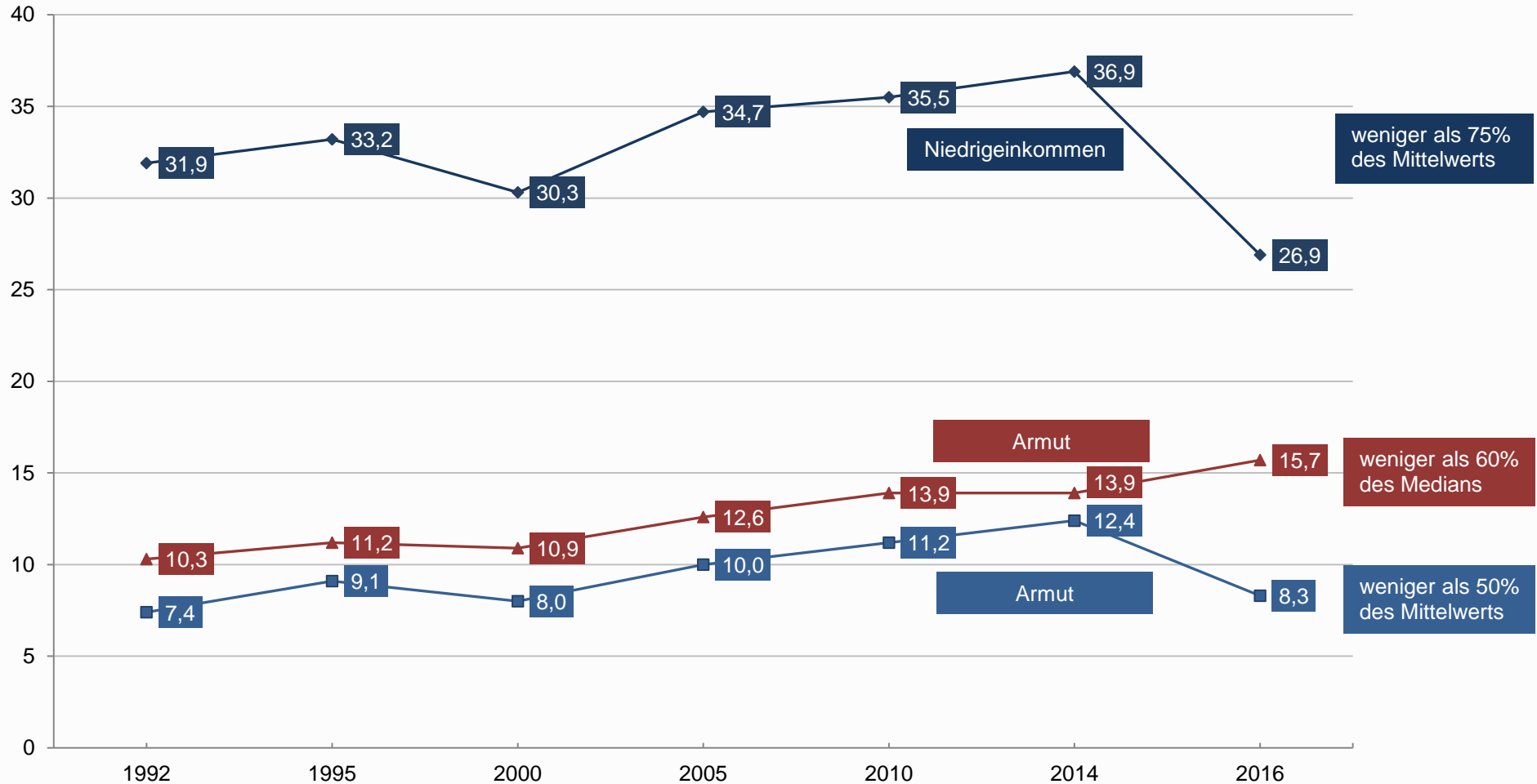


## Bevölkerung im Bereich von Niedrigeinkommen und Armut 1992 - 2016

Relation zum durchschnittlichen pro-Kopf\*\* Haushaltsnettoeinkommen, Anteile in %



\* 1985 und 1989 alte Bundesländer

\*\* Nettoäquivalenzeinkommen, Bedarfsgewichtung nach der neuen OECD-Äquivalenzskala, Datenbasis SOEP

Quelle: Statistisches Bundesamt (2018), Datenreport

## Bevölkerung im Bereich von Niedrigeinkommen und in Armut 1992 - 2016

Im Laufe der letzten 20 Jahre ist der Anteil der Bevölkerung, dessen bedarfsgewichtetes pro-Kopf Einkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) deutlich unter dem Durchschnittseinkommen liegt, nahezu kontinuierlich angestiegen. Im Jahr 2016 hatten 26,9 % der Bevölkerung ein Einkommen zur Verfügung, das maximal 75 % des Durchschnittseinkommens ausmachte, 1992 waren es 31,9 %. 8,4 % der Bevölkerung muss mit einem Einkommen auskommen, das weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens beträgt. 2014 war diese Bevölkerungsgruppe mit 12,4 % deutlich stärker besetzt. Der Grund für die starken Einbrüche bei den Durchschnittswerten ist der Mindestlohn, der 2015 eingeführt wurde.

Die hier dargestellten Anteile der Bevölkerung Niedrigeinkommensbereich werden anhand der Einkommensschichtung bestimmt. Hierzu wird die Bevölkerung nach ihrem Einkommen in Gruppen eingeteilt, die in einer bestimmten Relation zum mittleren Einkommen stehen (vgl. auch [Abbildung III.29](#)). Im vorliegenden Fall handelt es sich um die Anteile der Bevölkerung, die mit ihrem Einkommen unterhalb der Schwellen von 75 % und von 50 % des Durchschnittseinkommens liegen. Beim Unterschreiten der 50 %-Schwelle kann auch von Einkommensarmut geredet werden.

In der internationalen Armutsforschung ist es jedoch üblich, Einkommensarmut anders zu bestimmen. Als Schwelle dienen 60 % - aber nicht des Durchschnittseinkommens (arithmetisches Mittel) sondern des Median. Personen gelten als armutsgefährdet, deren Einkommen weniger als 60% des Medians beträgt.

Die Verwendung des mittleren Einkommens (Median) hat den Vorteil, dass das ermittelte mittlere Einkommen nicht durch einzelne besonders hohe oder niedrige Einkommen beeinflusst wird. In sehr ungleichmäßigen Verteilungen kann aber genau das zum Problem werden, da große Abstände in der Einkommensverteilung überdeckt werden können. Da in die Berechnung nur laufende Einkommen einfließen, Vermögensbestände also nicht berücksichtigt werden, spricht man von Armutsgefährdung und nicht von Armut. Es ist nämlich denkbar, dass Haushalte, die ihrem laufenden Einkommen nach als arm gelten würden, über Vermögen oder weitere nicht erfasste Einkommensquellen verfügen und damit keinesfalls arm sind.

Die Abbildung lässt erkennen, dass die Armuts(gefährdungs)quote „60 % des Median“ über der Quote „50 % des Durchschnitts“ liegt. Allerdings weisen die Entwicklungsverläufe keine grundlegenden Unterschiede auf. Differenzierte Daten über die Struktur der Armutsgefährdung finden sich in dem Abschnitt [„Einkommensarmut“](#).

## Methodische Hinweise

Die Berechnung basiert auf dem Äquivalenzeinkommen, das durch die Gewichtung nach der neuen OECD-Skala das Einkommen unterschiedlich großer und unterschiedlich zusammengesetzter Haushalte vergleichbar macht. Die unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierten pro-Kopf Haushaltseinkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) werden wie folgt berechnet: Die Haushaltsnettoeinkommen werden anhand einer Skala (neue OECD-Skala) gewichtet, bei der dem Haupteinkommensbezieher der Faktor 1 zugeordnet wird. Einer weiteren erwachsenen Person im Haushalt sowie Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, wird der Faktor 0,5 zugewiesen. Jüngere Kinder werden mit einem Faktor von 0,3 berücksichtigt. Bei einem Paar mit zwei jüngeren Kindern errechnet sich damit in der Summe ein Faktor von 2,1 ( $1,0 + 0,5 + 0,3 + 0,3$ ), durch den das Haushaltsnettoeinkommen dividiert wird. Beträgt das Haushaltsnettoeinkommen in dieser Familie 2.394 Euro/Monat, so liegt das Nettoäquivalenzeinkommen dann bei 1.140 Euro ( $2.394$  dividiert durch  $2,1$ ). Durch dieses Verfahren soll berücksichtigt werden, dass Kinder einen geringeren Einkommensbedarf als Erwachsene haben und dass in Mehrpersonenhaushalten Einspareffekte auftreten. Bei dem bedarfsgewichteten Einkommen handelt es sich um ein rechnerisches Einkommen, das für alle Haushaltsmitglieder gleich groß ausfällt. Unterstellt wird damit, dass das Haushaltseinkommen gleichmäßig aufgeteilt wird und zur Verfügung steht.

Die Daten entstammen den Befunden des „Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)“. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Wiederholungsbefragung von über 20.000 Personen aus rund 11.000 Haushalten. Gefragt wird u.a. nach Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung und Gesundheit. Durch das Paneldesign der Befragung ist es möglich, langfristige soziale und gesellschaftliche Trends zu verfolgen.